

"Der (zu) starke Euro" in Le Monde (10. Mai 2003)

Legende: In ihrem Leitartikel vom 10. Mai 2003 fragt die französische Tageszeitung Le Monde besorgt nach den negativen Auswirkungen eines gegenüber dem schwachen Dollar zu starken Euro auf die Wirtschaft und erinnert die Politik an ihre Verantwortung – neben der Europäischen Zentralbank (EZB) – bei der Gestaltung der Währungspolitik.

Quelle: Le Monde. 10.05.2003. Paris. "L'euro (trop) fort", p. 15.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL: http://www.cvce.eu/obj/der_zu_starke_euro_in_le_monde_10_mai_2003-de-5d158bcc-1bc4-4be4-bd84-46f6643a794e.html



Publication date: 05/07/2016

Der (zu) starke Euro

SELTAMES PARADOX! Viele Jahre lang führte die Politik sowohl der Rechten wie auch der Linken für einen „*starken Franc*“ zu einer nicht enden wollenden Polemik. Die Befürworter der Politik der Härte stimmten ihr zu, weil sie sie für die Garantie einer erneuten Wettbewerbsfähigkeit hielten. Die Verfechter der „*anderen Politik*“ auf der anderen Seite kritisierten sie und erklärten, sie habe einen starken Anstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge. Jetzt, da der Euro stetig steigt, ist keinerlei Unruhe seitens der öffentlichen Hand zu spüren. Und diese fehlende Debatte ist nicht nur in Frankreich zu beobachten: Der Euro erreicht ein Hoch nach dem anderen und läuft somit Gefahr, jede Möglichkeit eines Wirtschaftsaufschwungs im Keim zu ersticken. Die Politiker Europas aber scheinen unbesorgt.

Auf den ersten Blick könnte man sicherlich glauben, dass diese scheinbare Gleichgültigkeit logisch ist. Da die Europäische Zentralbank (EZB) nun unabhängig ist, hat man sich nach und nach daran gewöhnt, dass sie und nur sie allein die europäische Währungspolitik leitet. Selbst wenn das Wachstum und die Beschäftigung auf dem alten Kontinent darunter leiden könnten, wagt es dennoch niemand, sich auf dieses verminte Gelände zu begeben. Was die Währung angeht, so müssen viele führende Politiker mittlerweile fürchten, in die Befugnisse der EZB einzugreifen und die hochheilige Unabhängigkeit dieser jungen Institution zu verletzen.

Eigentlich ist das ziemlich merkwürdig, denn nichts zwingt die europäischen Politiker, den Mund zu halten und sich in eine Art von Nichteinmischung zu flüchten. Der Maastrichter Vertrag ist in diesem Punkt sehr explizit, da er die gemeinsame Bestimmung der Währungspolitik vorsieht: Die EZB ist für den Geldwert zuständig (den Kampf gegen die Inflation), während die politischen Verantwortlichen für ihren Außenwert Sorge tragen (Wechselkurspolitik).

Es ist also klar, was sich aus dieser Aufgabenverteilung ergeben müsste: Die EZB tendiert logischerweise zu einer Höherbewertung des Euro, da dies automatisch zur Bremsung der Inflation führt; die europäischen politischen Verantwortlichen verfügen jedoch über sämtliche Mittel, dies zu stoppen, indem sie die Handlungen der EZB in eine neue Wechselkurspolitik einbetten.

Hier liegt der Hase im Pfeffer: Auf der einen Seite des Atlantiks verfolgen die Vereinigten Staaten eine von den Behörden sehr subtil geleitete Politik des schwachen Dollars, trotz der Dementis aus dem Weißen Haus; und auf der anderen Seite des Atlantiks ... herrscht eine unglaubliche Asymmetrie! Der starke Euro beginnt, unerwünschte Auswirkungen auf die Wirtschaft zu zeigen, aber es gibt niemanden, der die Währungs-Sturmglöcke läuten könnte. Schlimmer noch: Man hat den französischen Finanzminister, Francis Mer, unbekümmert sagen hören, dass der Stand des Euro nur dann schädlich wäre, wenn er weiter auf eine Parität von 1,20 bis 1,25 Dollar steigen würde. Zu einer anderen Zeit war einer seiner Vorgänger, Edmond Alphandéry, aufgrund wesentlich weniger ungeschickter Äußerungen heftig umstritten. Im Klartext: Der Kursanstieg der gemeinsamen Währung offenbart vor allem das Fehlen jeglicher Wirtschaftsregierung des Eurogebiets.